

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 15.12.2020

#Pandemie

Krisenauswirkungen - Verschärfung der (Kinder-)Armut verhindern, Abschiebestopp und Unterstützung für Gewerbetreibende

Mit drei Initiativen zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie startete die Fraktion DIE LINKE in die Plenarsitzung und die Aussprache zur Regierungserklärung. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie verschärfen die soziale Ungleichheit. Besonders schwer sind Alleinerziehende, Menschen ohne Erwerbstätigkeit oder mit geringfügiger Beschäftigung, kinderreiche Familien sowie Rentner*innen betroffen - nicht zu vergessen die jungen Menschen, die schon jetzt pandemiebedingt in die Arbeitslosigkeit und damit drohende Armut gedrängt werden.

Die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern* sagte in ihrem Debattenbeitrag zur Regierungserklärung: „Der soziale Frieden ist in Gefahr.“ Deshalb fordert Die LINKE die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes für Beschäftigte im Niedriglohnbereich unabhängig von der Bezugsdauer auf 100 Prozent, des Hartz-IV-Regelsatzes auf 644 Euro sowie eine Altersgrundsicherung und einkommensunabhängige Kindergrundsicherung. Bei der Durchführung der Corona-Impfung sollen Menschen mit geringem oder keinem Einkommen sowie ohne Krankenversicherung gleichermaßen berücksichtigt werden. Außerdem sollen die Schüler*innen und Schulträger bei der technischen Ausstattung mit Computern und Druckern unterstützt werden.

Vor dem Hintergrund der immer noch stattfindenden Abschiebungen von schutzsuchenden Menschen appellierte sie an die Landesregierung: „Wir brauchen dringend Solidarität mit den Menschen, die von Abschiebung bedroht sind. Es ist unverantwortlich, während der Pandemie Menschen abzuschicken und sie damit zu Kontakten mit anderen Menschen zu zwingen! Genau das sind Aktivitäten, die uns durch die jeweiligen Eindämmungsverordnungen untersagt werden. Die Landesregierung soll sich für die Entfristung der Abschiebungen auf Landesebene einsetzen. Vergessen wir bei all unseren eigenen Problemen das Elend auf Moria nicht.“

Im Zusammenhang mit der sich auch für Gewerbetreibende zuspitzenden Situation forderte sie zudem: „Wir brauchen außerdem eine schnelle Hilfe für Gewerbetreibende, zum Beispiel durch ein Kündigungsmoratorium und die Möglichkeiten für Gewerbetreibende Mieten zu mindern.“

#Gesundheit

Beitragserhöhung stoppen

Im Schatten der Diskussionen um die Rundfunkbeitragserhöhung bahnt sich eine Beitragserhöhung viel größeren Ausmaßes an: Das Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz sieht, neben der einmaligen Erhöhung des Bundeszuschusses um fünf Milliarden Euro, Regelungen zur Beteiligung der Krankenkassen aus deren Reserven im Umfang von acht Milliarden Euro vor. 50 Prozent dieser Reserven stammen aus den AOK'en und davon sind wiederum überproportional AOK'en aus dem Osten der Bundesrepublik betroffen. Insbesondere gilt das für die AOK Sachsen-Anhalt. Die Reserven der Krankenkassen werden durch diese Maßnahme aufgebraucht und ein Zusatzbeitrag ist zu erwarten. „Das heißt im Klartext, dass der Bund die Kassen um 8 Mrd. Euro enteignet. Aus einer Rücklage, die übrigens dazu dienen sollten, höhere Zusatzbeiträge zu vermeiden. Gesetzlich versicherte Arbeitnehmer*innen dürfen zahlen, Privatversicherte werden verschont.“, so die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern*. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, über die Länderkammer für eine Erhöhung der Bundeszuschüsse und die Abwendung der Beitragserhöhungen zu stimmen.

#Bildung

Anspruch auf Hortbetreuung für Erstklässler*innen vor der Einschulung

Kinder sind zum 1. August schulpflichtig, werden aber erst ab dem Tag der Einschulung unterrichtet. Das Problem ist die Hortbetreuung bis zur Einschulung. „Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration gab einen Erlass vom 13. Mai 2019 zur Regelung der Betreuung künftiger Erstklässlerinnen und Erstklässler an den Schultagen im neuen Schuljahr heraus. Es war der Auffassung, dass an den Schultagen des neuen Schuljahres, die also vor dem Termin der Einschulung der neuen Erstklässler liegen, kein Betreuungsanspruch von bis zu acht Stunden täglich besteht.“, so die *kinder- und familienpolitische Sprecherin und Vorsitzende des Bildungsausschusses* **Monika Hohmann** zum Hintergrund des Gesetzentwurfes. Deshalb fordert DIE LINKE mit ihrem Gesetzentwurf, Kinder, die zum 1. August schulpflichtig, aber aufgrund des Einschulungstermins noch nicht unterrichtet werden, sollten in der Zeit zwischen dem allgemeinen Schulbeginn und dem Tag der Einschulung wie Schulkinder in der Schulferienzeit behandelt werden.

#Bürgerentlastung

Straßenausbaubeiträge ab dem 1.1.2020 abgeschafft – aber nicht ganz!

In zweiter Beratung wurde der Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge verabschiedet. So begrüßenswert dies ist, kritisierte die für Kommunalabgaben zuständige Abgeordnete **Kerstin Eisenreich** den Gesetzentwurf erneut: „Denn wer nun glaubt, dass alles gut sei und endlich keine Bescheide mehr ins Haus flattern könnten, der irrt.“ Der Gesetzentwurf sehe zum jetzigen Zeitpunkt für die Jahre 2017 bis 2019 immer noch vor, dass die Kommunen Straßenausbaubeiträge erheben können, wenn die sogenannte Schlussrechnung bis zum 31. Dezember 2019 bei der Gemeinde eingegangen ist. Das heißt im Klartext: „Bis einschließlich 2023 können immer noch Bescheide über Straßenausbaubeiträge verschickt werden!“ Davon betroffen seien insbesondere Kommunen, die knapp bei Kasse sind, da sie bei Verzicht auf diese Beiträge keine Kompensationen vom Land zu erwarten haben. Die Koalition habe die Chance für Rechtssicherheit und eine faire Lösung verpasst. Ein weiterer Knackpunkt bleibt die künftige Finanzierung des kommunalen Straßenbaus, denn seit Jahren habe sich ein riesiger Investitionsstau aufgebaut, weil die Kommunen gar nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 18. Dezember 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Dezember 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.
Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.